

Magazin

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

<https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Ausgabe 40, 2020

Messbarkeit von Bildungseffekten

Potenziale – Widersprüche – Schieflagen

Thema

Fakt sticht Ideologie – Ideologie sticht Fakt?

Möglichkeiten und Grenzen
wissenschaftlicher Politikberatung
für die Erwachsenenbildung

Lorenz Lassnigg



Fakt sticht Ideologie – Ideologie sticht Fakt?

Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung für die Erwachsenenbildung

Lorenz Lassnigg

Lassnigg, Lorenz (2020): Fakt sticht Ideologie – Ideologie sticht Fakt? Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung für die Erwachsenenbildung.

In: Magazin erwachsenenbildung.at. Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs. Ausgabe 40, 2020. Wien.

Online im Internet: <https://erwachsenenbildung.at/magazin/20-40/meb20-40.pdf>.

Druck-Version: Books on Demand GmbH: Norderstedt.

Erschienen unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Schlagworte: Politikberatung, Bildungspolitik, Bildungsforschung, Evidenz, Evidence-based Policy, Evidenzbasierung

Kurzzusammenfassung

Seit den 2000er Jahren wird verstärkt eine Evidenzbasierung für (bildungs-)politische Entscheidungen gefordert. Dieser Forderung ist aber nicht so leicht nachzukommen, denn Evidenzen im Sinne des „Gold-Standards“ randomisierter Experimente sind in Österreichs Bildungsforschung nicht vorhanden, bestenfalls Vorarbeiten dazu. Hinzu kommt, dass es wissenschaftliche Fakten immer nur in einem definierten begrifflichen Kontext gibt und daher bei der Verknüpfung von Forschung und Politik immer Fakten und Ideologie berücksichtigt werden müssen. Der vorliegende Beitrag zeichnet den wissenschaftlichen Diskurs über die Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlichen Politikberatung mit Fokus auf die Erwachsenenbildung nach und veranschaulicht diese mit drei Beispielen wissenschaftlicher Politikberatung in Österreich: der Evaluierung des ESF-Programms zum Lifelong Learning 2000-2006, Erwachsenenbildung in der Strategie zum lebensbegleitenden Lernen LLL:2020 und der Initiative Erwachsenenbildung. (Red.)

Fakt sticht Ideologie – Ideologie sticht Fakt?

Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Politikberatung für die Erwachsenenbildung

Lorenz Lassnigg

Mit Beginn der 2000er Jahre wurde - von ideologischen Erwägungen durchdrungen - seitens der EU-Politik, aber auch seitens der OECD verstärkt eine „Evidence-based Policy“ nachgefragt. Dieser verstärkten „Nachfrage“ auf Ebene der Politik stand immer schon die Bildungsforschung in ihrer Tradition des philosophisch-geisteswissenschaftlichen Zuganges gegenüber, welcher notwendigerweise normativ aufgeladene ideologische Grundlagen ausleuchtet. In Sachen wissenschaftliche Politikberatung besaß und besitzt die pädagogische und erziehungswissenschaftliche Forschung bis heute keinen direkten Zugang zur Politik.

Was ist Evidenz?¹

Was ist unter „Evidenz“ zu verstehen? Und was bedeutet unter den Bedingungen demokratischer Politik die Verknüpfungsformel „evidenzbasiert“? Das Verständnis von Evidenz ist wissenschaftsintern kontrovers, zudem werden teilweise eigene Forschungsansätze und Wissensformen für „Evidence-based Policy“ abgegrenzt. Die stärkste Kontroverse bezieht sich auf die Durchsetzung des „Gold-Standards“ randomisierter Experimente als anzustrebendes und allein akzeptiertes Verständnis von Evidenz – nimmt man diesen Standard ernst,

gibt es in Österreichs Bildungsforschung keine wirkliche Evidenz, bestenfalls Vorarbeiten dazu.

Bei der Verknüpfung von Forschung und demokratischer Politik wird davon ausgegangen, dass sich die Politik nicht determinieren lassen darf, daher hat aufbauend auf dem Vorschlag von ExpertInnen und der OECD der Begriff „Evidence-informed Policy“ an Verbreitung gewonnen – diese Formel relativiert aber gerade die wesentliche Botschaft von „Evidence-based Policy“, nämlich eine Verpflichtung, auf Evidenz aufzubauen und durch diese Verpflichtung Evidenz auch zur Kenntnis nehmen zu müssen.

¹ Die Abschnitte „Was ist Evidenz?“ bis einschließlich „Alles doch nur Policy-based Evidence?“ erschienen (mit anderen Zwischenüberschriften) 2018 als Teil des Beitrages „Fakten gegen Ideologie?“ des gleichnamigen Autors in der Zeitschrift „Weiterbildung“. Nachzulesen unter: https://www.weiterbildung-zeitschrift.de/archiv-weiterbildung/fex/magazine/detail/ausgabe_05_2018/-/html. Die Wiederveröffentlichung erfolgte mit freundlicher Genehmigung des Verlags Wolters Kluwer Deutschland GmbH (alle Rechte vorbehalten). Eine ausführlichere Fassung des Beitrages mit vollständigen Nachweisen und einer zusammenfassenden Beschreibung der österreichischen Situation, inklusive einer Auswertung und Beschreibung der hier kurz gераfften Beispiele und bibliografischen Analysen findet sich unter: <http://www.equi.at/material/eb-pb-lang.pdf>.

Gibt es Evidenzbasierung überhaupt?

Zwei Argumente stellen das Konzept von Evidenzbasierung infrage: Vordergründig erscheint die Gegenüberstellung von Fakten und Ideologie einleuchtend und ist oft auch tatsächlich gedeckt, aber im wissenschaftlichen Diskurs ist klar, dass es (wissenschaftliche) Fakten nur in einem definierten begrifflichen Kontext (von theoretischen Konzepten) gibt, und dass diese überdies immer vorläufig sind. Ein Beispiel sind die Bildungsrenditen, die nur im Kontext von Humankapital-Theorien Sinn ergeben, wobei die Transformation von menschlichen Kompetenzen in Humankapital auch ideologisch konnotiert ist. Auch die Unterscheidungen von „Efficiency“ und „Equity“ sind an begriffliche Konzeptionen gebunden und in diesem Zusammenhang kreierte empirische Schätzungen sind nicht einfache Fakten. Auch die Wirkung des sozialen Hintergrunds auf Bildungsergebnisse hängt stark von den verwendeten Modellen ab. Als Konsequenz müssten bei der Verknüpfung von Forschung und Politik immer beide Ebenen – Fakten und Ideologie – berücksichtigt werden, und die Erwartung, dass Fakten die Ideologie stechen würden, ist irreführend.

Das zweite Argument betrifft die Frage, wie gut Fakten politische Entscheidungen untermauern können. Hier gilt meist das „Hase-und-Igel-Theorem“. Das bedeutet, der „Igel Politik“ ist immer schon da und der „Hase Wissenschaft“ läuft den Evidenzen nach und kommt letztlich zu spät. Im Umkehrschluss wären politische Streitfragen eben keine substantziellen Streitfragen, wenn diese durch eindeutige Fakten bereits geklärt wären.

Diese Problematik von Fakten und Ideologie kann letztlich nur dadurch aufgelöst werden, dass sich die ideologischen KontrahentInnen – ob in Wissenschaft oder Politik – auf ernsthafte deliberative Diskurse sowohl über die Fakten als auch über die Ideologien einlassen, die in einem umfassenden Verständnis zu den Grundlagen der Demokratie gehören.

Alles doch nur Policy-based Evidence?

Spätestens seit den 1950er Jahren gibt es einen innerwissenschaftlichen Diskurs über die Möglichkeiten

und Grenzen der Politikberatung, der sich auch um die Beziehung zwischen den Forschenden und den politischen PraktikerInnen drehte. Die These der „Science of Muddling Through“ und das Bild unterschiedlicher Communities waren zentral. Dieser Sicht zufolge haben die beiden Gruppen so unterschiedliche Zugänge zur Praxis und zum dafür erforderlichen Wissen, dass auf der Praxisseite die Resonanz für die wissenschaftlichen Ergebnisse fehlt und die Forschung nicht die Wissensformen liefert, die die Praxis braucht. Der englische Gesundheitsforscher Michael Marmot hat diese Problematik mit der vielleicht zynisch klingenden Umkehrung „Policy-based Evidence“ auf den Punkt gebracht, indem er zeigt, dass die politische Logik eben nur bestimmte Evidenzen verträgt und nutzen kann.

Åse Gornitzka (2013) unterscheidet bei der Schnittstelle zwischen Forschung und Politik multimodal unterschiedliche, teilweise konkurrierende Funktionen:

1. Instrument für Politikentwicklung
2. strategische Nutzung
3. konzeptuelle Nutzung
4. Beobachtung (Monitoring)
5. Agenda Setting
6. symbolische Nutzung.

Die legitimatorische Nutzung und die „Schubladisierung“ können unter Punkt 6 „symbolische Nutzung“ subsumiert werden. Wichtig sind dabei die vielen Facetten, die über die unmittelbar instrumentelle Nutzung hinaus genannt werden. Eine zentrale, offensichtlich unverwüstliche Thematik, die sich durch den Diskurs zieht, ist die Frage der Technokratie und der instrumentellen Problemlösung, die dem (extrem vereinfachten) Bild der Naturwissenschaften nachgebildet ist. Abgesehen vom angeführten Konflikt mit der Demokratie geht es dabei auch darum, welche Rolle in der Politik technische (sachliche) Lösungen spielen.

Demokratisierung von Wissenschaft und Technologie?

In seinem sozialwissenschaftlichen Klassiker, der bereits zu einem geflügelten Wort geworden ist – „The tragedy of the Commons“ –, zeigte der Naturwissenschaftler Garrett Hardin (1968) bereits

vor fünf Jahrzehnten, dass es Probleme gibt, die keine technische Lösung haben. Diese erfordern diskursive kooperative Lösungen auf der Basis von ethischen und moralischen Übereinkünften; wie man zu derartigen Lösungen kommen kann, ist in der Folge dann eine wichtige wissenschaftliche Fragestellung.

In ihrer Auseinandersetzung mit der Frage, wie die Sozialwissenschaften zum sozialen Fortschritt beitragen können, stellen Matthew Adler, Helga Nowotny et al. in ihrem Beitrag „The Contribution of the Social Sciences to Policy and Institutional Change“ (2018)² die Abkehr vom technokratischen Modell durch die Eröffnung eines demokratischen Diskurses in den Mittelpunkt. Ihr Augenmerk gilt aber auch dem Design der demokratischen Institutionen und der Integration der Bekämpfung von Ungleichheit mit den substantiellen Themen der jeweiligen Politikfelder.

Zentrale Probleme im technokratischen Modell sind ihnen folgend:

- die Trennung von Effizienz und Gerechtigkeit
- vorschnelle überzogene Ableitungen von unvollkommenen „Evidenzen“ und
- übertriebene Erwartungen in allgemeine abstrakte Ziel- und Ergebnisorientierung (siehe Adler/Nowotny et al. 2018).

Um Alternativen zum technokratischen Modell zu entwickeln, ist laut Adler, Nowotny et al. zuallererst ein vertieftes Verständnis des jeweiligen politischen Feldes erforderlich. Auf dieser Basis müssen kooperative Ansätze entwickelt werden, die die betroffenen Akteurinnen und Akteure im Feld berücksichtigen. Dies ist nur in einem inter- und transdisziplinären Zugang möglich, der einerseits die Fragestellungen im jeweiligen Feld, z.B. dem Bildungswesen, andererseits auch die Fragestellungen im politischen und sozialen Feld berücksichtigt. *Es gibt keinen direkten Weg von der Pädagogik zur Politik*, dazwischen liegen sowohl die organisatorischen und institutionellen Kontexte als auch die spezifischen Gegebenheiten und Prozesse im politischen Feld und deren Übersetzungen ins Alltagsleben. Adler,

Nowotny et al. charakterisieren die folgenden Aspekte als grundlegende übergreifende Dimensionen über die Politikbereiche hinweg:

- die öffentlichen vs. privaten Akteurinnen und Akteure
- die top-down vs. bottom-up Problematik und
- universelle Prozessprobleme (Rolle der ExpertInnen, Konsensbildung, öffentliche Partizipation, Vollzug).

Diese substantiellen Fragen und Themenbereiche lassen sich nicht einfach durch Erkenntnisinteressen oder Theorieansätze überbrücken – auch emanzipatorisches Erkenntnisinteresse erfordert die Kenntnis der Bedingungen für emanzipatorische Politik. Näheres dazu in der Info Box „Richtungsweisende Anregungen für die (Erwachsenen-)Bildungspolitik“ auf den Seiten 8-9 am Ende des Beitrags.

Wissenschaftliche Politikberatung in der Erwachsenenbildung

In der Wissensproduktion zur Erwachsenenbildung/ Weiterbildung in Österreich (siehe dazu Gruber 2009; Holzer/Gugitscher/Straka 2017) konnten neben der Tradition außeruniversitärer Forschung in einer kleinteiligen Projektforschungslandschaft auch die Universitäten in den letzten Jahrzehnten Kapazitäten aufbauen. Konstatiert wird eine starke Kluft zwischen Wissenschaft/Theorie und Praxis, wobei sich gleichzeitig Forschende oft auf beiden Seiten dieser Kluft bewegen, so dass eine „*eigentliche [...] Vermischung von Theorie und Praxis, von Handlungs-, Forschungs- und Entwicklungsfeldern*“ (Gruber 2009, S. 7) entsteht.

Aufgrund der verstreuten Zuständigkeiten und institutionellen Kontexte der Erwachsenenbildung gibt es keine übergreifende politische Steuerung. Erwachsenenbildungspolitik im Sinne einer Antwort auf gesellschaftliche Herausforderungen und zur Stärkung von Humankapital und Wettbewerbsfähigkeit findet vor allem auf einer rhetorischen Ebene statt. Wissenschaftliche Politikberatung in den verstreuten institutionellen Kontexten erfolgt

² Der Beitrag erschien im dritten Band des vom IPSP (International Panel on Social Progress) herausgegebenen Bandes „Rethinking Society for the 21st Century“. Mehr dazu unter: <https://www.ipsp.org/> sowie Fleurbaey et al. 2018

teilweise informell, teilweise über spezielle konsultative Gremien oder Prozesse und teilweise über marktformige Auftragsforschung, deren Anbieter in unterschiedlichem Maß wiederum mit politischen Akteuren (zum Beispiel Sozialpartner- oder Anbieterverbänden) verbunden sind.

Man kann die eigenen erfahrungsgestützten Einschätzungen zur wissenschaftlichen Politikberatung durch bibliografische Recherchen ein wenig überprüfen. Es wurden Suchläufe in der deutschen Plattform pedocs und im österreichischen AMS-Forschungsnetzwerk durchgeführt und ausgewertet³. Um den Umfang an erfasster Literatur über Erwachsenen- und Weiterbildung und darin das Gewicht an Material zur Politikberatung grob abzuschätzen, können die folgenden Punkte festgehalten werden:

- Als Referenz für das Forschungsvolumen kann man von 1.500 bis 2.000 Diplomarbeiten und 150 Dissertationen (vgl. Gruber 2009, S. 8) in den letzten Jahrzehnten ausgehen.
- Eine Volltextsuche in pedocs findet insgesamt maximal ca. 2.000 Treffer (Freitextsuche Österreich und Erwachsenenbildung bzw. Weiterbildung) bzw. ca. 1.800 Treffer im österreichischen AMS-Forschungsnetzwerk.
- Eine Titelsuche mit Erwachsenen- und Weiterbildung ergibt 136 Treffer in pedocs mit Österreichbezug und 157 Treffer in der AMS-Basis (die auch etwa zur Hälfte Forschungen aus Deutschland umfasst), darunter beziehen sich ein Drittel bis zur Hälfte der Treffer auf Lernen oder Didaktik.
- Der Umfang von expliziter Politikberatung (Stichworte „evalu“..., „berat“..., „qualität“) ergibt in beiden Literaturbasen einen Anteil von 13%.
- Eine inhaltliche Inspektion dominanter AMS-Treffer ergibt einige thematische Schwerpunkte: Ein Drittel ist politisch strategisch ausgerichtet (darunter wiederum ein Drittel explizit kritisch-emanzipatorisch), zwei weitere starke Themen sind sozialpolitische Probleme/Förderungen und Neue Technologien, zwei weitere weniger gewichtige Themen sind betriebliche Bildung und ältere Zielgruppen, Professionalisierung kommt

schließlich auch vor, jedoch mit geringstem Gewicht (letzteres Thema ist in pedocs mit einem Viertel der Treffer stärker vertreten).

Die bisherigen Zusammenfassungen zur Forschung in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (EB/WB) in Österreich gehen nicht explizit auf Politikberatung ein (siehe Gruber 2009; Holzer/Gugitscher/Straka 2017), sie subsumieren diese unter die Frage von „Wissenschaft und Praxis“ und machen keinen Unterschied zwischen der Forschung für die Erwachsenenbildungs-/Weiterbildungspraxis in den Bildungseinrichtungen und der Forschung für die (Praxis der) Politik.

Beispiele wissenschaftlicher Politikberatung in Österreich

Im Folgenden werden an einigen Beispielen, an denen der Autor beteiligt war, die Vorgangsweisen wie auch die Probleme der Politikberatung auf der strategischen „Meta-Ebene“ illustriert.

Beispiel 1: Evaluierung des ESF-Programms zum Lifelong Learning 2000-2006

Eine der ersten Initiativen Österreichs zum „Lifelong Learning (LLL)“ war der ESF-Programm-Schwerpunkt 2000-2006. Die EU-Finanzierung erfordert wissenschaftliche Politikberatung im Sinne der Evaluierung (siehe Lassnigg et al. 2003), was zu dieser Zeit im betroffenen Bildungsministerium eine neue Erfahrung darstellte. Die Evaluierung ergab einen grundlegenden Schwachpunkt der Programmatik: Die meisten Fördermittel waren für das Schulwesen vorgesehen (konnten dort jedoch im Vergleich zum großen Budget nur ein „Tropfen auf den heißen Stein“ sein), während in der schwach dotierten Erwachsenenbildung durch die ESF-Mittel ein bedeutender Zuwachs erzielt werden hätte können.

Es entzündete sich ein heftiger Konflikt um diese Interpretation. Durch die Forschung wurde jedoch nicht ein Diskurs über die Höhe notwendiger öffentlicher Mittel für die Erwachsenenbildung angestoßen, sondern den EvaluatorenInnen wurde

³ Siehe hierzu die Auswertung auf den Seiten 12 bis 14 in der Langfassung dieses Beitrages unter: <http://www.equi.at/material/eb-pb-lang.pdf>.

vorgeworfen, ihre Kompetenz zu überschreiten und statt sachlicher Aussagen politische zu treffen. Für die österreichischen Stellen ging es klar um die symbolische Funktion der Forschung. Die Frage nach einem angemessenen Ausmaß öffentlicher Förderung für die Erwachsenenbildung wurde auch in der Strategie zum lebensbegleitenden Lernen LLL:2020 verdrängt und steht bis heute ungeklärt im Raum. Weitere Forschungsergebnisse im Auftrag der Arbeiterkammer (siehe Lassnigg/Vogtenhuber 2013) werden bis heute politisch nicht beachtet.

Beispiel 2: Erwachsenenbildung in der Strategie zum lebensbegleitenden Lernen LLL:2020

Der Prozess der Expertise-gestützten Entwicklung von LLL:2020 (2005-2011) dauerte fast länger als die Umsetzung der Strategie selbst (2011-2016) und ist ein gutes Beispiel der oben bereits angesprochenen „eigentümlichen Vermischung“ von Theorie und Praxis (siehe Gruber 2009). Ein auf den Vorarbeiten aufbauender ExpertInnenvorschlag (siehe Chisholm et al. 2009) für die Grundzüge einer Strategie aus dem Jahr 2009 wurde unter (informeller) Einbeziehung vieler Stakeholder in einem weiteren zweijährigen informellen und intransparenten politischen Aushandlungsprozess in allen wesentlichen Punkten umgestoßen (siehe Republik Österreich 2011). Statt einer gesetzlichen Fundierung ein Regierungspapier, statt eines professionellen Steuerungsgremiums eine ministerielle Task-Force, statt einer finanziellen Grundlage eine umfassende „Fundraising-Strategie“ ohne finanzielle Bedeckung. Die Strategie ist als „politisch unzurechnungsfähig“ einzuschätzen, indem die Stakeholder ihre (möglichst zusätzlichen) Ressourcen einbringen sollten (= Fundraising) und sich dabei aber noch der Steuerung durch die Ministerien unterwerfen sollten, ohne dafür etwas zu bekommen (die Gruppe, die ein neues Finanzierungsmodell für die Erwachsenenbildung erarbeiten sollte, hat ihre Arbeit folgerichtig gleich eingestellt, nachdem ihr bedeutet wurde, dass es keine zusätzlichen

Ressourcen gibt).⁴ In einem großen und komplexen Apparat wurden mit zusätzlichem Aufwand Maßnahmen und Mittel verhandelt, die ohnehin am Weg waren, um letztlich im Namen der Regierung möglichst repräsentative Erfolge verkünden zu können; das wissenschaftliche Monitoring wurde zunehmend für derartige „Jubel“-Berichterstattung missbraucht.⁵

Auch im Bereich der Erwachsenenbildung wurde das Grundkonzept des ExpertInnenvorschlags völlig umgestoßen (siehe auch Lassnigg 2011). Im Konzept zu LLL:2020 wurden fünf inhaltliche Problemdimensionen als Ansatzpunkte für die Entwicklung von politischen Strategien formuliert (Second Chance, Basisbildung-Grundkompetenzen, Vereinbarkeit Familie-Beruf, berufliche Neuorientierung, Lebensqualität Ältere), diese wurden durch Fusionierungen auf drei reduziert und damit politisch vermischt. Es wurde von drei unterschiedlichen Lernumgebungen ausgegangen, die politisch unterstützt und gefördert werden sollten: (i) EB-WB Bildungsinstitutionen im non-formalen Bereich (explizit beruflich und nichtberuflich/allgemein), (ii) informelles Lernen im Alltagsleben sollte durch Community-Education und (iii) informelles Lernen am Arbeitsplatz sollte durch die Förderung lernfreundlicher Arbeitsumgebungen in den Unternehmen zum Gegenstand politischer Förderung gemacht werden.

Die Grundkonzeption der drei Lernumgebungen und der Förderung des informellen Lernens wurde nicht aufgegriffen, Community Education und die Förderung lernfreundlicher Arbeitsumgebungen wurden in den näheren Ausformulierungen der Strategie durch Umsetzungsziele und -maßnahmen de facto in non-formales Lernen umdefiniert, im non-formalen Lernen wurde die Allgemeinbildung gestrichen und durch Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit ersetzt. Dadurch wurden die Stakeholder der nicht-beruflichen Erwachsenenbildung aus dem non-formalen Bereich der Strategie verdrängt; diese suchten in der Folge ihre Zuflucht in der Community

4 Die klassische politikwissenschaftliche Frage zum Verhältnis von Budgetierung und Politik „if you can't budget, how can you govern?“ (siehe Wildavsky 2001) wurde nicht beachtet. Dieser politische Misserfolg spiegelt sich auch darin, dass die realisierten Werte auf der Benchmark zur Beteiligung in der Erwachsenenbildung immer weiter hinter die Zielwerte zurückgefallen sind. Im Zuge neuerlicher – wiederum forschungsgestützter – Initiativen zur Förderung von Industrie 4.0. wird nun prominent die Forderung zur Entwicklung einer „Weiterbildungsstrategie“ aufgestellt (vgl. Verein Industrie 4.0 Österreich 2017, S. 38).

5 Die jährlichen wissenschaftlichen Monitoring-Berichte, die eine detaillierte Berichterstattung und eine kritische Einschätzung enthalten, werden trotz öffentlicher Finanzierung vor der Öffentlichkeit bis heute trotz wiederholter hochrangiger Interventionen verschlossen gehalten (so etwas ist bei den EU-Projekten glücklicherweise nicht möglich). Interessanterweise ist ein neuer alternativer „Konkurrenz-Bericht“ nun veröffentlicht.

Tab. 1: Veränderung der Formulierungen zu LLL-Aktionslinien im politischen Prozess

Vorschlag ExpertInnenpapier	LLL:2020 Strategie-Text
Kostenloses Nachholen von grundlegenden Abschlüssen bis zur Berufsreifeprüfung (BRP)	Kostenloses Nachholen von grundlegenden Abschlüssen und Sicherstellung der Grundkompetenzen im Erwachsenenalter (AL3)
Sicherung der Basisbildung und Grundkompetenzen im Erwachsenenalter	
Förderstrukturen, Beratungsangebote sowie tarifvertragliche Berücksichtigung von work-life-Balance, um die Vereinbarkeit zwischen Bildung, Familie und Beruf zu verbessern	Maßnahmen zur besseren Neuorientierung in Bildung und Beruf und Berücksichtigung von Work-Life-Balance (AL5)
Infrastrukturelle Maßnahmen, welche Neuorientierungen in Bildung und Beruf erleichtern	
Bereicherung der Lebensqualität durch Bildung im späteren Erwachsenenalter, insbesondere für sozial benachteiligte SeniorInnen	Bereicherung der Lebensqualität durch Bildung in der nachberuflichen Lebensphase (AL9)
Verstärkung von Community Education-Ansätzen mittels kommunaler Einrichtungen und in der organisierten Zivilgesellschaft	Verstärkung von „Community-Education“-Ansätzen mittels kommunaler Einrichtungen und in der organisierten Zivilgesellschaft (AL6)
Ausbau nichtformaler Bildungsangebote in der außerschulischen Jugendbildung, der beruflichen Weiterbildung und in der allgemeinen Erwachsenenbildung	Weiterbildung zur Sicherung der Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeit (AL8)
Förderung lernfreundlicher Arbeitsumgebungen	Förderung lernfreundlicher Arbeitsumgebungen (AL7)

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Chisholm et al. 2009; Republik Österreich 2011

Education, was hier die Grundidee der Förderung des informellen Lernens weiter untergrub (siehe Lassnigg 2017).

Zur wissenschaftlichen Politikberatung kann man aus diesem Beispiel folgende Lehren ziehen: Erstens bedingt die – oftmals positiv hervorgehobene – intransparente Vermischung von wissenschaftlicher, praktischer und politischer Expertise eher eine legitimatorische Verwendung von Wissenschaft durch die Politik als Innovationen (es gab z.B. keine formale Feedbackschleife von der politischen LLL:2020 Strategie zum ExpertInnenvorschlag und auch keinen wissenschaftlichen Diskurs zum Monitoring); zweitens hat das Konzept einer umfassenden LLL-Strategie die politischen AkteurInnen und Stakeholder offensichtlich überfordert; drittens wurde in der wissenschaftlichen Expertise die Governance- und Finanzierungs-Problematik trotz richtiger Ansätze wesentlich unterschätzt.

Beispiel 3: Die Initiative Erwachsenenbildung

Zum Vergleich kann noch ein Beispiel herangezogen werden, in dem die wissenschaftliche Beratung

zwar eine gewisse Rolle als Zuarbeiter und vielleicht Katalysator für die politischen Prozesse spielte, die Hauptaktion jedoch vom politischen Management auf dem Hintergrund eines erfolgsträchtigen politischen Willens und einer Finanzierungsverpflichtung seitens des Bundes getragen war. Es handelt sich um die „Initiative Erwachsenenbildung“ als ein 2012 gestartetes gemeinsames Förderprogramm von Bund und Ländern für das Nachholen des Pflichtschulabschlusses bei Jugendlichen und für die Unterstützung von Basisbildung und Grundkompetenzen bei Erwachsenen.

Es brauchte einen vierjährigen Vorlauf, um diese Initiative zu entwickeln. Das Prinzip besteht darin, dass der Bund die Mittel der Länder erhöht. 2008, parallel zum LLL-Konsultationsprozess, wurde in einer Arbeitsgruppe begonnen, einen Überblick über Förderungen der Erwachsenenbildung zu gewinnen, und es wurde auch der Umfang der Zielgruppen ausgelotet. Weitere Schwerpunkte in der späteren Phase waren die Entwicklung von Qualitätskriterien für die Bildungsangebote und die Konzeption einer Governance-Struktur nach

dem Prinzip der Akkreditierung. Ähnlich wie bei den ESF-Förderungen wurden auf Basis eines Programmplanungsdokuments gesetzlich fünfjährige Förderperioden festgesetzt. Die politischen Auseinandersetzungen konzentrieren sich seitdem auf die Verlängerung des Programms, die nach Ende jeder Förderperiode erneut in Frage gestellt wurde.

Die wissenschaftlichen Beiträge in diesem Programm waren im Wesentlichen instrumentell angelegt: Erhebung der bestehenden Förderungen, Abschätzung der Zielgruppen, Nutzung der ESF-Evaluierungen für die Entwicklung von Qualitätskriterien etc. Auch diese Erhebungen sind nicht öffentlich verfügbar, und das Programm ist im Vergleich zum erhobenen Bedarf sehr klein ausgefallen. Die wesentliche Innovation wurde auf der politischen Ebene darin gefunden, die europäischen Governance-Mechanismen der „offenen Koordination“ und der ESF-Programmplanung teilweise auf das kleine föderale Österreich zu übertragen.

Ausblick: noch ein weiter Weg...

Die vorliegend thematisierte Politikberatung in der LLL-Strategie liefert exemplarisch Erfahrungen über die Dynamik von Fakten und Ideologie. Im ExpertInnenpapier (2009) wurde versucht, den verfügbaren Fakten gerecht zu werden und Mechanismen zum Aufbau von Wissen in die Umsetzung der Strategie einzubauen. Indikatoren sollten Fakten generieren und die Maßnahmen sollten wissensgenerierend angelegt werden (durch Evaluierung, Begleitforschung, Demonstrationsprojekte etc.; siehe Lassnigg 2011). Das formelle Monitoring ist jedoch zunehmend in eine Kontroll- und Marketingaktivität umgeschlagen, in deren Zug die wissenschaftliche Berichterstattung gegenüber der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde und nicht für vertiefende Reflexionen genützt werden konnte. Zur Verwirklichung einer neuen, demokratisch und nicht technokratisch orientierten Politikberatung im Sinne von Adler, Nowotny et al. (2018) ist es offensichtlich noch ein weiter Weg.

Richtungsweisende Anregungen für die (Erwachsenen-)Bildungspolitik

Die Analysen des Beitrags der Sozialwissenschaften in den verschiedenen Politikfeldern im dritten Band des IPSP (International Panel on Social Progress) geben auch für den Bereich des Bildungswesens und folgerichtig für die Erwachsenenbildung eine Reihe wichtiger Anregungen:

(politische) Ökonomie-Wirtschaftspolitik

Hier werden zwei Achsen als wesentliche strukturierende Dimensionen herausgearbeitet: erstens Marktglaube vs. (endemisches) Marktversagen durch imperfekte (unzureichende, asymmetrische) Information der MarktteilnehmerInnen und Machtkonzentration, zweitens (bedingt durch die erste Achse) die Trennung vs. Integration von Effizienz mit Gerechtigkeits(Equity)überlegungen. Die beiden Achsen zusammen resultieren in einer zyklischen Bewegung der politischen Präferenz für Marktfreiheit vs. Staatsinterventionismus, der „ewigen Frage der politischen Ökonomie“ (vgl. Adler/Nowotny et al. 2018, S. 856).

Natur-/Sozialwissenschaften und Umweltprobleme

Die Verschmutzung wird als Problem des Marktversagens modelliert (Transaktionskosten, Trittbrettfahrer-Rationalität, öffentliche Güter, Gemeineigentum), daher müssen naturwissenschaftliche Risiko-Analysen durch sozialwissenschaftliche Analysen und Evaluierungen ergänzt werden; die verschiedenen Lösungsansätze und Politikinstrumente dafür werden skizziert. Charakterisiert und bewertet wird das breite Politik-Instrumentarium gegen Marktversagen, das vielfach auch in der Bildungspolitik zur Disposition steht (Haftung, Information, verschiedene Formen von Regulierung, reflexive Märkte).

Medizin und öffentliche Gesundheit(spolitik)

In diesem Bereich wird der einzigartige Grad an „Evidenz-Basierung bzw. -Informierung“ hervorgehoben (vgl. ebd., S. 863), der auch politisch erfolgreich eingeschätzt wird (vgl. ebd., S. 868). Es geht dabei aber keineswegs allein oder vordringlich um die Medizin im engeren Sinne, die in Analogie zur Pädagogik oder Bildungswissenschaft gesetzt werden könnte, sondern im Mittelpunkt steht die institutionelle und politische Umsetzung der „universellen Absicherung“ (Universal Health Coverage: UHC). Im Unterschied zur Tendenz verstärkter Marktorientierung und Differenzierung/

Positionierung im Bildungswesen wird für das Gesundheitswesen ein Konsens in Richtung Umverteilung und der notwendigen starken Rolle des Staates festgestellt. Dieser Konsens wird theoretisch und wissenschaftlich von zwei Seiten begründet: Marktversagen (Ökonomie) in Versicherungsmärkten und moralisches Recht auf Gesundheit und Gesundheitsversorgung (politische Theorie sozialer Gerechtigkeit) (vgl. ebd., S. 866). Für die Lösung von Verteilungsfragen wird das Kriterium der Kosten-Wirksamkeit als zu eng gesehen und soll durch Argumente im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ergänzt werden: Prioritäten im Sinne der Schlechtergestellten, finanzielle Risikoabsicherung und faire und legitime politische Prozesse der Prioritätensetzung werden als Kriterien angeführt.

Entwicklungspolitik, neoklassische Ökonomie und demokratisch-pluralistische Governancepolitik

In diesem Bereich wird der „Washington Consensus“ als Beispiel für intellektuelle Hegemonie analysiert, der – bei durchaus zugestandenen manchen Erfolgen – den Blick für die realen „schmutzigen“ Komplexitäten verstellt und letztlich falsche Vorstellungen erzeugt, indem Evidenzen voreilig im Sinne der Hegemonie interpretiert werden, die dadurch (fälschlicherweise) immer weiter verfestigt wird (vgl. ebd., S. 871). In diesem Verständnis werden dann den fremden, abweichenden Realitäten in einer „Rhetorik der Unnachgiebigkeit“ anscheinend oder scheinbar wissenschaftlich begründete „Best Practices“ übergestülpt, ohne die Kontexte entsprechend zu berücksichtigen. Demgegenüber wird ein deliberativ-demokratischer Diskurs des „Possibilismus“ vorgeschlagen (vgl. ebd., S. 872).

Innovation, Wissenschaft und Technologie

Hier wird die (konzeptionelle) Trennung von technischer Innovation von ihrer gesellschaftlichen Einbettung durch das Modell der Technokratie in den Mittelpunkt gestellt. Anhand der Konzepte und Ergebnisse der verschiedenen Ansätze der Science-Technology-Studies (STS) wird gezeigt, dass Innovationen nicht-linear und interaktiv funktionieren und sie normativ geprägt sind. Innovationen sind nicht notwendigerweise vorteilhaft, und im Markt gewinnt nicht immer die beste Lösung. Die kapitalistische Wirtschaft determiniert Innovation in Richtung von mehr Extraktion von Ressourcen und Erweiterung des Marktes in neue Bereiche (Beispiel Handel mit Verschmutzungszertifikaten) (vgl. ebd., S. 875). Die gesellschaftliche Bedingtheit von Innovation muss geklärt werden, und es sind Wege zu finden, um Innovation auch demokratisch im Sinne von „Sociotechnical Imagineries“ einer gerechten, inklusiven und nachhaltigen Zukunft zu beeinflussen (vgl. ebd., S. 876): *„governance, such as power structures and unfair trade agreements, can also hamper social progress [...]“* (ebd.).

Die Analysen relativieren das vorherrschende Bild von Wissenschaft und Fortschritt in dreifacher Hinsicht:

- „Creative Destruction“ ist ein zweiseitiges Schwert, die destruktiven Elemente könnten heute die konstruktiven bereits überwiegen (siehe Soete 2013)
- Machtverschiebungen zwischen nationalen Institutionen einerseits und globalen Unternehmen und soziotechnischen Systemen andererseits erfordern neue Formen von Governance
- die Verfügungsmacht über Daten und Information ist von den Staaten zu den Unternehmen übergegangen, Algorithmen bestimmen die Sicht der Welt, die Spaltung zwischen einer „engagierten“ globalen professionellen und kosmopolitischen Elite und zurückgelassenen oder sich zurückgelassen fühlenden Massen hat zur De-Legitimierung von Expertise geführt.

Die Frage nach dem Verhältnis zwischen „Fakten“ und Bewertungen muss aufgelöst werden, ohne eines der beiden⁶ über Bord zu werfen. Adler, Nowotny et al. verbinden den reflexiven Konstruktivismus von Pierre Bourdieu (2002) aus dem Selbstversuch mit der „Rhetorik des Possibilismus“, den Albert O. Hirschman der Rhetorik der Reaktion und der Intransigence entgegengesetzt hat: *„One of the main – and decidedly normative – tasks of the social sciences has always been, and is even more so now, to open up toward the realm of possibilities, to show in scientifically plausible ways that it could be otherwise [...]. But this is not sufficient. To open up toward the realm of the possible, the social sciences must stimulate public debate, making room for multiple perspectives, allowing for contestation“* (Adler/Nowotny et al. 2018, S. 880).

Anm.: Siehe hierzu vertiefend die ausführlichere Fassung des Beitrages unter: <http://www.equi.at/material/eb-pb-lang.pdf> mit den englischsprachigen Originalzitaten aus dem Band von Adler/Nowotny et al. 2018.

6 Heute wird weithin der Aspekt der Fakten, der Wahrheit negiert; dem widmet Timothy Snyder (2017, S. 65) den Pkt.10 seiner Lessons gegen die Tyrannei: „Believe in truth. To abandon facts is to abandon freedom. If nothing is true, then no one can criticize power [...] The biggest wallet pays for the most blinding lights“.

Literatur

- Adler, Matthew/Nowotny, Helga/Coglianesi, Cary/Jasanoff, Sheila/Kanbur, Ravi/Levy, Brian/Norheim, Ole F./Schot, Johan/Schwartzman, Simon/Spiel, Christiane/Starobin, Shana (2018):** The Contribution of the Social Sciences to Policy and Institutional Change. In: International Panel on Social Progress (Hrsg.): Rethinking Society for the 21st Century, Vol. 3: Transformations in Values, Norms, Cultures. Cambridge, S. 847-886.
- Bourdieu, Pierre (2002):** Ein soziologischer Selbstversuch. Frankfurt: Suhrkamp.
- Chisholm, Lynne/Lassnigg, Lorenz/Lehner, Martin/Lenz, Werner/Tippelt, Rudolf (2009):** Wissen – Chancen – Kompetenzen. Strategie zur Umsetzung des lebensbegleitenden Lernens in Österreich. ExpertInnenbericht zum Konsultationsprozess. Wien 2009. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/downloads/service/LLL-Strategie_ExpertInnenbericht.pdf [Stand: 2020-05-02].
- Fleurbaey, Marc/Bouin, Olivier/Salles-Djelic, Marie-Laure/Kanbur, Ravi/Novotny, Helga/Reis, Elisa (2018):** A Manifesto for Social Progress: Ideas for a Better Society. Cambridge: CUP.
- Gornitzka, Åse (2013):** The interface between research and policy – a note with potential relevance for higher education. In: European Journal of Higher Education 3(3), 2013, S. 255-264.
- Gruber, Elke (2009):** Auf der Spur... Zur Entwicklung von Theorie, Forschung und Wissenschaft in der österreichischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: Magazin erwachsenenbildung.at, Ausgabe 7/8, Wien. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/magazin/09-7u8/meb09-7u8_02_gruber.pdf [Stand: 2020-08-04].
- Gruber, Elke/Schlögl, Peter (2011):** Das Ö-Cert – ein bundesweiter Qualitätsrahmen für die Erwachsenenbildung in Österreich. In: Magazin erwachsenenbildung.at, Ausgabe 12, Wien. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/magazin/11-12/meb11-12_02_gruber_schloegl.pdf [Stand: 2020-05-02].
- Hardin, Garrett (1968):** The Tragedy of the Commons. In: Science, Vol. 162, No. 3859 (Dec. 13, 1968), S. 1243-1248. Online im Internet: <https://science.sciencemag.org/content/sci/162/3859/1243.full.pdf> [Stand: 2020-07-16].
- Hirschman, Albert O. (1991):** The Rhetoric of Reaction. Cambridge: Harvard University Press.
- Holzer, Daniela/Gugitscher, Karin/Straka, Christoph (2017):** Wissenschaft und Forschung in der Erwachsenenbildung. Dossier erwachsenenbildung.at. Online im Internet: <https://erwachsenenbildung.at/images/themen/dossier/ebooks/dossier-eb-forschung.pdf> [Stand: 2020-07-16].
- Lassnigg, Lorenz (2011):** LLL-Strategie in Österreich. Praktische Überlegungen zu Entwicklung und Umsetzung. In: Materialien zur Erwachsenenbildung Nr. 2/2010, Wien 2011. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/downloads/service/materialien-eb_2010_2_LLL-Strategie.pdf [Stand: 2020-05-02].
- Lassnigg, Lorenz (2017):** Community Education – Grundlagen, Ziele und Methoden in Österreich. In: Höbsch, Werner/Marxer, Wilfried (Hrsg.): Community Education. Stark durch Bildung. Erasmus+ Projekt Community Education. Benders und Brühl, S. 147-165. Auch online unter: <http://www.equi.at/dateien/CE-Liechtenst-draft.pdf> [Stand: 2020-08-04].
- Lassnigg, Lorenz/Steiner, Mario/Scheibelhofer, Elisabeth/Steiner, Peter/Kiessling, Stephanie (2003):** Lebenslanges Lernen und Forschung-Wissenschaft-Technologie. ESF-Ziel 3 Sonderevaluierung von Schwerpunkt 3. IHS Forschungsbericht (Oktober). Wien. Online im Internet: <http://www.equi.at/dateien/ESF-sp3.pdf> [Stand: 2020-07-16].
- Lassnigg, Lorenz/Vogtenhuber, Stefan (2013):** Neuere Schätzungen zur öffentlichen und privaten Finanzierung der Erwachsenenbildung in Österreich. In: Report - Zeitschrift für Weiterbildungsforschung, 36(2), 29-42. Online im Internet: http://www.equi.at/dateien/lassnigg-vogtenhuber_2013_we.pdf [Stand: 2020-08-04]. vgl. auch international <http://www.equi.at/dateien/Esrea-fin.pdf> [Stand: 2020-08-04].
- Republik Österreich (2011):** LLL:2020. Strategie zum lebensbegleitenden Lernen in Österreich. Wien. Online im Internet: <https://erwachsenenbildung.at/downloads/themen/LLL-2020-Strategie.pdf?r=196166032> [Stand: 2020-08-04].
- Snyder, Timothy (2017):** On tyranny. Twenty lessons from the twentieth century. London: Bodley Head.
- Soete, Luc (2013):** Is Innovation Always Good? In: Fagerberg, Jan/Martin, Ben R./Andersen, Esben S. (Hrsg.): Innovation Studies: Evolution and Future Challenges. Oxford: Oxford University Press, S. 134-144. Online im Internet: https://edisciplinas.usp.br/pluginfile.php/4103729/mod_resource/content/1/Fagerberg-MartinAndersen-Innovation%20Studies%202013.pdf [Stand: 2020-08-04].
- Steiner, Mario/Pessl, Gabriele/Wagner, Elfriede/Plate, Marc (2011):** ESF Beschäftigung Österreich 2007-2013. Bereich Erwachsenenbildung. Halbzeitbewertung 2011. Evaluierung im Auftrag des BMUKK. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/downloads/service/ESF_Halbzeitbewertung2011.pdf [Stand: 2020-08-04].

Verein Industrie 4.0 Österreich (2017): Ergebnispapier „Qualifikation und Kompetenzen in der Industrie 4.0“. Wien. Online im Internet: https://plattformindustrie40.at/wp-content/uploads/2016/03/WEB_Industrie4.0_Ergebnispapier-Qualifikation-und-Kompetenzen.pdf [Stand: 2020-08-04].

Wildavsky, Aaron B. (2001): Budgeting and governing. Ed.by B.Swedlow, intro by J.White. New Jersey: Transaction.

Weiterführende Links

Pedoc-Stichwortsuche: <http://www.equi.at/material/suche-PEDOCS.pdf>

Stichwortsuche im AMS-Forschungsnetzwerk: <http://www.equi.at/material/suche-AMS.pdf>



Foto: IHS

Dr. Lorenz Lassnigg

lassnigg@ihs.ac.at
<http://www.ihs.ac.at>
+43 (0)1 59991-214

Lorenz Lassnigg studierte Pädagogik, Politikwissenschaft und Soziologie in Wien und am IHS, wo er seit 1985 tätig ist. 1990, 2004 und 2006 war er Gastwissenschaftler am Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), 1991 Visitor an der UC-Berkeley (Center for Studies of Higher Education, CSHE), 1995 Reviewer der Berufsbildung von Minas Gerais (Brasilien), 1998-1999 für die OECD in Finnland (Transition Projekt), 2004 Experte für die ILO (Social Dialogue), 2010 für die ETF-Turin, 2012-2013 in einem EU-Twinning Projekt in Mazedonien, 2011-2016 Experte im OECD Projekt „Governing Complex Education Systems (GCES)“. Seine Erfahrungen bringt er auch fallweise in Lehraufträge an verschiedenen Universitäten ein, darunter 2009 als Gastprofessor an der Universitat Autònoma de Barcelona und seit 2010 an der Universität Tampere (Finnland). Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der Sozialwissenschaftlichen Bildungsforschung.

Fact Trumps Ideology—Ideology Trumps Fact?

Possibilities and limits of scientific policy advising in adult education

Abstract

Since the 2000s, evidence-based (educational) policy decisions have been increasingly required. This requirement is not that easy to meet, for evidence in the sense of the „gold standard“ of randomized experiments does not exist in Austria’s educational research; at best only preliminary work is available. On top of that, scientific facts only ever exist in a defined conceptual context and thus facts and ideology must be taken into account whenever research and policy are linked. This article traces the scientific discourse on the possibilities and limits of scientific policy advising with a focus on adult education, illustrating them with three examples of scientific policy advising in Austria: the evaluation of the ESF Program on Lifelong Learning 2000–2006, Adult Education in the Strategy for Lifelong Learning LLL:2020 and Initiative Erwachsenenbildung (Adult Education Initiative). (Ed.)

Impressum/Offenlegung



Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
Gefördert aus Mitteln des BMBWF
erscheint 3 x jährlich online, mit Parallelausgabe im Druck
Online: <https://erwachsenenbildung.at/magazin>

Herstellung und Verlag der Druck-Version:
Books on Demand GmbH, Norderstedt

ISSN: 1993-6818 (Online)
ISSN: 2076-2879 (Druck)
ISSN-L: 1993-6818
ISBN: 9783751993678

Projektträger



CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5
A-8020 Graz
ZVR-Zahl: 167333476

Medieninhaber



Bundesministerium für Bildung,
Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5
A-1010 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A-5360 St. Wolfgang

Herausgeber der Ausgabe 40, 2020

Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mitarbeit: Michael Bruneforth, M.A. (BIFIE)

HerausgeberInnen des Magazin erwachsenenbildung.at

Robert Kramreither (Bundesmin. für Bildung, Wissenschaft und Forschung)
Dr.ⁱⁿ Gerhild Schutti (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Fachbeirat

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Universität Graz)
Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für Höhere Studien)
Mag. Kurt Schmid (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)
Mag.^a Julia Schindler (Universität Innsbruck)
Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)
Mag. Lukas Wieselberg (ORF science.ORF.at und Ö1)

Redaktion

Simone Müller, M.A. (Verein CONEDU)
Mag. Wilfried Frei (Verein CONEDU)

Fachlektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Übersetzung

Übersetzungsbüro Mag.^a Andrea Kraus

Satz

Mag.^a Sabine Schnepfleitner (Verein CONEDU)

Design

Karin Klier (tür 3))) DESIGN)

Website

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

„Magazin erwachsenenbildung.at – Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs“ (kurz: Meb) ist ein redaktionelles Medium mit Fachbeiträgen von AutorInnen aus Forschung und Praxis sowie aus Bildungsplanung, Bildungspolitik u. Interessensvertretungen. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind, sowie an BildungsforscherInnen und Auszubildende. Das Meb fördert die Auseinandersetzung mit Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik und spiegelt sie wider. Es unterstützt den Wissenstransfer zwischen aktueller Forschung, innovativer Projektlandschaft und variantenreicher Bildungspraxis. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema, das in einem Call for Papers dargelegt wird. Die von AutorInnen eingesendeten Beiträge werden dem Peer-Review eines Fachbeirats unterzogen. Redaktionelle Beiträge ergänzen die Ausgaben. Alle angenommenen Beiträge werden lektoriert und redaktionell für die Veröffentlichung aufbereitet. Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der HerausgeberInnen oder der Redaktion. Die HerausgeberInnen übernehmen keine Verantwortung für die Inhalte verlinkter Seiten und distanzieren sich insbesondere von rassistischen, sexistischen oder sonstwie diskriminierenden Äußerungen oder rechtswidrigen Inhalten solcher Quellen.

Alle Artikel und Ausgaben des Magazin erwachsenenbildung.at sind im PDF-Format unter <https://erwachsenenbildung.at/magazin> kostenlos verfügbar. Das Online-Magazin erscheint parallel auch in Druck (Print-on-Demand) sowie als E-Book.

Urheberrecht und Lizenzierung

Wenn nicht anders angegeben, erscheint die Online-Version des „Magazin erwachsenenbildung.at“ ab Ausgabe 28, 2016 unter der Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>).



BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen verbreiten, verteilen, wiederveröffentlichen, bearbeiten, weiterentwickeln, mixen, kompilieren und auch monetarisieren (kommerziell nutzen):

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Angabe von Änderungen: Im Falle einer Bearbeitung müssen Sie die vorgenommenen Änderungen angeben.
- Nennung der Lizenzbedingungen inklusive Angabe des Links zur Lizenz. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieses Werk fällt, mitteilen.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt. Nähere Informationen unter www.creativecommons.at.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar elektronisch an magazin@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die angegebene Kontaktadresse.

Kontakt und Hersteller

Magazin erwachsenenbildung.at
Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs
p. A. CONEDU – Verein für Bildungsforschung und -medien
Keplerstraße 105/3/5, A-8020 Graz
magazin@erwachsenenbildung.at